

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 psbn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB warnt vor falschen Reaktionen auf das jüngste Gorbatschow-Angebot: Heckenschützen in Stellung.

Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB fragt nach der Bestrahlung von Lebensmitteln: Bonn muß mit offenen Karten spielen.

Seite 3

Rudolf Scharping MdL befaßt sich mit den Wendungen des Dr. Bernhard Vogel: Die Senkung des Spitzensteuersatzes zunächst kritisiert, dann akzeptiert.

Seite 4

42. Jahrgang / 42

3. März 1987

### Warnung vor Heckenschützen

Mittelstrecken-Abrüstung sollte rasch durch Außenminister-Vereinbarung und durch Bundestags-Beschluß festgemacht werden

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Kaum war das jüngste Angebot des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow über einen gesonderten Abbau aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in europäischer Reichweite veröffentlicht; und kaum waren die positiven Stellungnahmen der amerikanischen Regierung, der deutschen Regierung sowie aller deutschen Parteien bekanntgegeben - und schon meldeten sich die ersten namhaften Heckenschützen, die eine solche Abrüstung hintertreiben wollen.

Der scheidende NATO-Oberbefehlshaber Rogers nannte die europäische Null-Lösung bei atomaren Mittelstreckenraketen eine „Narretei“. Diese Auffassung von Rogers ist kein Einzelfall, und sie kommt auch nicht überraschend. Bereits im Laufe des Jahres 1986 gab es zahlreiche Äußerungen dieser Art auch aus dem Spektrum führender CDU/CSU-Politiker. Seitdem am 15. Januar 1986 erstmals die sowjetische Bereitschaft für eine europäische Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen signalisiert wurde, wurde diese zunächst hinter den Kulissen und dann in aller Öffentlichkeit bekämpft. Noch in guter Erinnerung ist, daß

- aus den Unionsparteien und der militärischen NATO-Führung verlautbart wurde, die Null-Lösung sei nur deshalb jahrelang vom Westen gefordert worden, weil mit einer entsprechenden sowjetischen Bereitschaft ohnehin nicht gerechnet worden ist;

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Zeitungsmüllvermeidung  
nur wenn Rubrikieren  
Recycling-Papier



- die Beibehaltung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa - unabhängig von der Frage, wieviel sowjetische Mittelstreckenraketen auf Westeuropa gerichtet sind - gefordert wurde, weil sonst eine westliche Abschreckungslücke entstünde;
- mehrfach Zusatzbedingungen an einen Abbau der amerikanischen Mittelstreckenraketen gestellt wurden, die einen Vertrag über eine Null-Lösung auf die lange Bank schieben würden: zum Beispiel müßte zunächst einmal ein konventionelles Gleichgewicht hergestellt werden, der gleichzeitige Abbau der sowjetischen Kurzstreckenraketen müsse verlangt werden und anderes mehr.

Strauß, Dragger, Wörner und Todenhöfer äußerten sich in dieser Richtung, und Strauß berief sich dabei bis in die letzten Tage des Bundestagswahlkampfes auf Helmut Kohl. Die Erinnerung an diese Vorgänge ist deshalb angebracht, weil sie auf mögliche erneute Widerstände gegen die Null-Lösung hinweisen.

Um die Abrüstung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa tatsächlich unter Dach und Fach zu bringen, muß verhindert werden, daß die Heckenschützen wieder zur Entfaltung kommen. Wahrscheinlich werden sie jetzt versuchen, den Verhandlungsgang zunächst zu verschleppen - in der Hoffnung, den Prozeß der Abrüstung der Mittelstreckenraketen doch noch aufhalten zu können. Der Widerstand gegen diese Abrüstung sitzt inzwischen mehr in Bonn und Brüssel als in Washington!

Damit die Chance für die Mittelstreckenraketen-Abrüstung in vollem Umfang genutzt wird, sind rasche Entscheidungen notwendig, die fertige Tatsachen schaffen. Notwendig ist nach meiner Auffassung

- ein Treffen des amerikanischen und sowjetischen Außenministers, auf dem die europäische Null-Lösung bei Mittelstrecken-Raketen - auf der Basis der entsprechenden Reykjavik-Formel von Reagan und Gorbatschow - festgeschrieben wird, und
- eine Entschließung des Deutschen Bundestages, die sich für eine solche Null-Lösung ohne weitere Zusatzbedingung ausspricht.

Durch solche eindeutigen politischen Richtlinien-Entscheidungen müssen die Heckenschützen von vornherein in die Schranken gewiesen werden. Dann ist es möglich, noch im Jahr 1987 die Null-Lösung definitiv unter Dach und Fach zu bringen. Dieser kurze Zeitrahmen ist nötig, um noch vor dem nächsten amerikanischen Wahlkampf die Ratifizierung eines solchen Vertrages im US-Senat über die Bühne zu bringen.

Wenn die politischen Richtlinien-Entscheidungen und der Zeitraum des Jahres 1987 versäumt werden, so ist zu befürchten, daß die Heckenschützen wieder voll in Stellung sind.

(-/3.3.1987/rs/ks)

\* \* \*



### Heimliche Bestrahlung von Lebensmitteln?

Die Bundesregierung muß endlich mit offenen Karten spielen

Von Dr. Anke Martiny MdB  
Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Nach GAMMASTER in Allershausen, die - wie man gelegentlich hört - auch Lebensmittel schon bestrahlen (nur für den Export natürlich! ..), hat nun auch NUKEM in Hanau ein Verfahren zur Marktreife gebracht, das Lebensmittelbestrahlung mit Kobalt 60 erlaubt. Das Verfahren sei für den Export bestimmt, hört man: In Frankreich soll damit gearbeitet werden.

Rekapitulieren wir: Allen Fragen, wann und wie damit zu rechnen ist, daß hierzulande Lebensmittel mit Gammastrahlen - wie bei Gammaster - oder Kobalt 60 konserviert werden, weicht die Bundesregierung aus. Wiederholt hat sie Gerüchte dementiert, die Zulassung dieses Verfahrens in der Bundesrepublik stünde bevor. Offenbar hat sie Sorge, man könnte sie bei der Genehmigung eines Lebensmittelbehandlungsverfahrens ertappen, das unter Experten umstritten ist. Bei aller regierungsamtlichen Abwiegelei ist der starke Zweifel nie verstummt, ob die gesundheitlichen Langzeitrisiken bei der Konservierung durch Bestrahlung wirklich so minimal sind wie behauptet.

Der aktuelle hessische Streit zwischen Grünen und der SPD um ALKEM und NUKEM hat wohl eines zweifelsfrei verdeutlicht: Diese Firmen fallen unter das Atomgesetz, also unter die Bundeskompetenz. Wenn dort jetzt ein Verfahren zur Bestrahlung von Lebensmitteln bis zur Marktreife entwickelt worden ist, muß der Umkehrschluß doch wohl erlaubt sein, daß die Bundesregierung klammheimlich die Bestrahlung von Lebensmitteln in der Bundesrepublik gestatten will oder bereits gestattet. Motto: Nun sind die Kartoffeln auf dem Tisch, nun müssen sie auch gegessen werden.

Im übrigen gilt: Bis heute vermag kein Lebensmittelkontrolleur an der Grenze festzustellen, ob aus Frankreich oder sonstwoher importierte Gewürze oder Tiefkühlhähnchen zum Beispiel mit Gammastrahlen konserviert wurden. Geräte, die dies nachweisen könnten, soll es zwar in der Industrie schon geben, den sowieso mager ausgestatteten Lebensmittelkontrolleuren stehen sie aber nicht zur Verfügung. Der Krimi geht also weiter, Konsumentinnen und Verbraucherschützer tapen weiter im Dunkeln, und ob sie die Bundesregierung auf frischer Tat ertappen beim Zulassen der Bestrahlung von Lebensmitteln, ist nicht absehbar. Wir sind weiterhin auf Indizienbeweise angewiesen.

Es wird höchste Zeit, mit diesem Krimi aufzuhören. Bei der Lebensmittelbestrahlung muß endlich mit offenen Karten gespielt werden. Die Bundesregierung muß endlich klar sagen, ob und wenn ja unter welchen Voraussetzungen die Bestrahlung von Lebensmitteln eingeführt wird. Sie muß aber vor allem endlich dafür sorgen, daß Endverbraucher in der Lage sind, beim Kauf von Lebensmitteln zweifelsfrei zu erkennen, ob, und wenn ja: wie, bestrahlt wurde. Letzteres vor allem ist vordringlich: Es steht dringend zu vermuten, daß bestrahlte Lebensmittel hierzulande schon längst auf dem Markt sind, importiert aus der EG, zum Beispiel aus Frankreich, wohin die NUKEM-Anlage gehen soll.

(-/3.3.1987/rs/ks)

\* \* \*



Die Wendungen des Dr. Bernhard Vogel

Nach der Bonner Entscheidung für die Senkung des Spitzensteuersatzes gab der rheinland-pfälzische Ministerpräsident seinen Einspruch gegen das Großverdiener-Geschenk auf

Von Rudolf Scharping MdL  
Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Wieder einmal hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (CDU) bewiesen, auf welch zerbrechlichen Säulen seine politische Standfestigkeit aufgebaut ist.

Während die Bonner Koalitionäre von CDU, CSU und FDP über die Steuerentlastungen und insbesondere über eine Senkung des Spitzensteuersatzes tagelang feilschten, hat der sonst eher wankelmütige Vogel lautstark Flagge gezeigt und verkündet, mit seinen, sprich den rheinland-pfälzischen, Stimmen sei eine Herabsetzung des Spitzensteuersatzes im Bundesrat nicht zu verwirklichen. Und während ansonsten die eigene CDU-Fraktion in Mainz bei Entscheidungen des Ministerpräsidenten eher quertreibt, gab es diesmal schnell volle Rückendeckung.

Nun haben sich die Regierungsparteien in Bonn geeinigt, wie sollte man anders erwarten, mit einem großzügigen Geschenk an die Großverdiener, die Wahlen sind ja erst einmal vorbei. Jetzt steht er da, der rheinland-pfälzische Vogel, mit gerupften Federn, wie schon gehabt bei seinem vorschnellen Versuch, den Paragraph 218 im Handstreich zu ändern.

Doch Vogel meint zu wissen, wie man mit den eigenen Wählern umspringen kann. Schließlich ist politische Glaubwürdigkeit nur dann von Bedeutung, wenns der eigenen Machterhaltung dient.

Flügelhahn versucht der Mainzer Regierungschef, dennoch die berüchtigte Kurve zu kriegen. Er steckt sich einfach neue Federn an, ausgesucht aus dem bunten Bonner Koalitionsgemisch. Plötzlich ist auf diesem wundersamen Wege die beschlossene Senkung des Spitzensteuersatzes „noch akzeptabel, dem die Landesregierung zustimmt“.

Der Grund: man wolle die Wahl von Helmut Kohl zum Kanzler nicht gefährden. Ja, dann ist das parteipolitische Kalkül über die Sache, die Interessen der Arbeitnehmer, aber auch des Landes Rheinland-Pfalz gestellt worden.

Das soll sich ändern - am 17. Mai!

(-/3.3.1987/rs/ks)

\* \* \*

